

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | September 2021 | Nummer 3



Infrastrukturprojekte – die Basis zur Zerstörung

Indigene wehren sich gegen «Todesprojekte» im Amazonas

Staudämme, ausgebaggerte Flüsse, Wasserkraftwerke, eine neue Bahnlinie: Riesige Vorhaben im Tapajós-Becken im brasilianischen Amazonas sollen den Export von Soja und anderen Produkten beschleunigen – auf Kosten der dort lebenden indigenen Gemeinschaften. Im Rahmen einer grossen Feldstudie haben die GfbV und ihre Partner die Sichtweise von betroffenen Indigenen auf die Mega-Projekte erforscht. Der Bericht sowie ein Dokumentarfilm erscheinen Ende September und geben Einblick in den Kampf um den Erhalt einer stark bedrohten Lebenswelt.

Juarez Munduruku betrachtet den Pfeil in seiner Hand. Mit geschultem Blick spannt er ihn auf den Bogen

und prüft sein Handwerk. Der Leader des Dorfes Sawre Muybu im brasilianischen Amazonas ist ein Kämpfer – und der Kampf um den Erhalt seiner Heimat war noch nie so dringend wie jetzt: Unter Präsident Jair Bolsonaro hat die Ausbeutung des Amazonas ein neues Ausmass erreicht. Alleine im Juni 2020 wurde pro Stunde eine Fläche von 140 Fussballfeldern abgeholzt. Die Region Tapajós im nordöstlichen Pará, in dem die Gemeinschaft von Juarez Munduruku und zahlreiche weitere indigene Gemeinschaften leben, ist besonders gefährdet. Denn dort sollen grosse Infrastrukturprojekte umgesetzt werden, die den Tapajós weitgehend verändern würden. «Mit diesen Projekten werden wir alles verlieren: unsere Kultur, unsere Sprache, unsere Bräuche», sagt Juarez Munduruku.



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**



Anführer Juarez Munduruku sorgt sich um die Zukunft der nachfolgenden Generation, sollten der Fluss und die Wälder durch die geplanten Mega-Projekte zerstört werden.

Neue Dämme überfluten Indigenen-Territorien

Die brasilianische Regierung möchte den Transport von wichtigen Exportgütern wie Sojabohnen, Öl, Mais, Rindfleisch, Hühnerfleisch und Kaffee schneller und günstiger machen. Zu diesem Zweck sind zwei riesige Projekte geplant: Das «Tapajós-Wasserprojekt», das aus einer Wasserstrasse sowie sieben grossen Dämmen und 29 kleinen Wasserkraftwerken besteht, und die über tausend Kilometer lange «Ferrogrão-Eisenbahnlinie». Letztere soll insbesondere Soja auf direktestem Weg von den Agro-Industriezonen bis zum Hafen in Santarém transportieren, wo es in alle Welt verschifft wird. Durch diese Projekte wird nicht nur das wertvolle Ökosystem gefährdet, sondern auch die Lokalbevölkerung. So würde gemäss einer Studie zum Wasser-Projekt ein Gebiet von mehr als 78 000 Hektaren überflutet werden, welches heute als geschütztes Land der indigenen Gemeinschaften gilt. Und um die Eisenbahnschienen wie geplant zu verlegen, wäre eine Verschiebung der Grenzen des Naturschutzparks Jamanxim nötig. «Ferrogrão» hätte daher immense Umweltschäden zur Folge. Für die indigene Bevölkerung sind die Vorhaben inakzeptabel. Anderson Munduruku, Koordinator der Indigenen-Organisation Pariri, sagt: «Für uns sind diese Projekte ein Todesprojekt der Regierung.»

Indigene riskieren ihr Leben für den Amazonas

Nach der Meinung der betroffenen indigenen Bevölkerung fragen die Projektverantwortlichen jedoch nicht. Stattdessen werden die Projekte „top-down“ durch staatseigene Konzerne geplant. Wenn Indigene gerichtlich gegen solche Mega-Projekte vorge-

hen, kommt es zu schweren Auseinandersetzungen. „Es ist weitläufig bekannt, dass immer wieder indigene Leader in unserem Bundesstaat Pará ermordet werden, wenn sie sich für den Amazonas einsetzen“, sagt Adenilson Borari, Anführer des indigenen Dorfes Maró. Momentan befinden sich die beiden Vorhaben im Tapajós-Becken in der Vorbereitungsphase. Das bedeutet, dass die definitiven Projektteilnehmer noch nicht bekannt sind und direkte Finanzierungen noch nicht feststehen. Es ist jedoch bekannt, welche Unternehmen Interesse an den Projekten zeigen und welche Finanzinstitute diese finanzieren. Gemäss einer Studie, welche die GfbV in Auftrag gab, finden sich darunter auch Schweizer Finanzinstitute. Doch nicht nur der Finanzsektor zeigt Verbindungen zu Brasilien auf, auch durch den Handel ist die Schweiz eng mit Brasilien verbunden: Sie importiert Gold, Palmöl, Futtermittel, Heizöl, Geflügel- und Rindfleisch sowie Produkte für die Verarbeitungsindustrie. Im Jahr 2019 gelangten über 14'000 Tonnen Palmöl und 113 Tonnen Rindfleisch aus Brasilien in die Schweiz. Damit steht die Schweiz in der Verantwortung, Wirtschaftsinteressen nicht vor Umweltschutz und Menschenrechte zu stellen.

Über die eigene Existenz hinaus

Die betroffenen indigenen Gemeinschaften wehren sich mit aller Kraft gegen die geplanten Infrastrukturprojekte. Sie klären die Menschen über die Folgen der Mega-Projekte auf und weisen auf die Dringlichkeit zu handeln hin. An öffentlichen Demonstrationen auf den Strassen, in den Häfen und

in den Städten machen sie auf ihre Anliegen aufmerksam. „Wir bringen die Stadt zum Stillstand, damit man uns zuhört“, berichtet Anderson Munduruku. „Wir sagen den Menschen, dass wir die Autobahn wegen den Mega-Projekten blockieren, die sie in unser Gebiet bringen wollen. Und dass unsere Rechte nicht respektiert werden.“ Einige der indigenen Gemeinschaften am Tapajós-Fluss arbeiten auch mit Beschwerden auf der Grundlage der ILO-Konvention 169, welche indigenen Völkern Menschenrechte und fundamentale Freiheit ohne Diskriminierung zuspricht. Zudem erarbeiteten sie Konsultationsprotokolle. Damit halten sie fest, wie sie ihrer Meinung nach konsultiert werden müssen, bevor ein Projekt umgesetzt wird. Bei diesem Kampf geht es den Gemeinschaften um weit mehr als ihre eigene Existenz. Luciane Munduruku, Mitglied des audiovisuellen Teams, sagt: «Wir kämpfen für jeden Einzelnen innerhalb und ausserhalb von Brasilien. Nicht nur Brasilien hängt vom Amazonas ab. Er ist die Lunge der Erde.» Die GfbV wird im Herbst die entsprechenden Firmen und Finanzinstitute mit den Aussagen der Indigenen konfrontieren.

Text: **Amy Douglas** GfbV-Praktikantin Kommunikation

Veranstaltungshinweis

Den Amazonas durch Kunst, Musik, Tanz und Forschung erleben

Das Schweizer Kulturfestival CULTURESCAPES lässt in seiner 16. Festivalausgabe den Lebensraum Amazonas in einer Reihe von Ausstellungen, Konzerten und Workshops entdecken: CULTURESCAPES 2021 Amazonas präsentiert vom **29. September bis 05. Dezember** Kulturschaffende aller Sparten aus Brasilien, Kolumbien, Peru, Bolivien und Ecuador mit einem vielfältigen Programm an über 40 Veranstaltungsorten in der ganzen Schweiz.

Mit dem Fokus auf den Amazonas will CULTURESCAPES auch das Bewusstsein schärfen für dessen Bedrohung durch den Klimawandel, die Bedeutung indigener Kulturen und die globale soziale Verantwortung. Im Rahmen des Festivals ermöglicht die GfbV der Indigenen-Anführerin Alessandra Munduruku sowie Indigenen-Anführer Juarez Munduruku eine Reise in die Schweiz mit verschiedenen öffentlichen Auftritten.



Editorial

In den vergangenen Monaten kamen die indigenen Gemeinschaften in Brasilien durch Gesetze und Gerichtsurteile so stark unter Druck wie kaum zuvor. Damit sich die Lage nicht gänzlich gegen sie wendet, mobilisieren sich die Indigenen mit aller Kraft. Das tun sie teilweise unter grossen Gefahren: Bei friedlichen Demonstrationen im Juni reagierte die Polizei äusserst gewaltsam mit Tränengas und Gummischrot, mehrere Demonstrierende wurden verletzt. Selbst auf Kinder und ältere Menschen wurde keine Rücksicht genommen. Und auch im Alltag leben indigene Aktivistinnen und Aktivist in ständiger Angst vor Bedrohungen durch die Holzfäller oder die Polizei. Die Leaderin Auricelia Arapiun berichtet: «Jemand hat versucht, mich anzufahren, als ich mein Haus verliess, und seit Kurzem werde ich von einem unbekanntem Auto verfolgt.» Mehr darüber erzählt sie im Interview auf Seite 8. Ähnliche Bedrohungen durch die Landesregierung kennen die drei indigenen Aktivist aus Russland, die uns im vergangenen Juni besucht haben. Für ihr menschenrechtliches Engagement könnten sie eine zweijährige Haftstrafe einbüßen. «Viele haben Angst, sich für unsere Rechte einzusetzen», sagt Rodion Sulyandziga. Mehr dazu auf Seite 6.

Gerade weil die Regierungen die Rechte von indigenen Gemeinschaften fortlaufend schwächen und keine Rücksicht auf die Umwelt nehmen, müssen Firmen und Banken bei Aktivitäten in Ländern wie Brasilien und Russland eigenverantwortlich Sorgfaltsprüfungen vornehmen und die Sichtweise der Indigenen einholen. Die GfbV erarbeitet zu diesem Thema derzeit einen ausführlichen Bericht. Indessen erwarten wir bereits unseren nächsten Besuch: Ende September reist eine indigene Delegation aus Brasilien in die Schweiz – dieses Engagement ist nur möglich dank treuen Unterstützerinnen und Unterstützern wie Ihnen.

Herzlichen Dank!

Julia Büsser, GfbV-Kampagnenleiterin

IMPRESSUM

VOICE 3, September 2021 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch
Redaktion: Amy Douglas und Bettina Wyler **Layout:** Tania Brügger Márquez
Mitarbeit an dieser Nummer: Julia Büsser, Fabienne Krebs, Lea Künzli, Patricia Martins Rodrigues **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 3500 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed
Abonnement: : CHF 30.-/Jahr (wird jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen) **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 80.-/Jahr **Titelbildfoto:** Thomaz Pedro

Eine Schneise durch den Amazonas

Im brasilianischen Amazonas sollen riesige Infrastrukturprojekte entstehen, um den Transport von Soja und anderen Exportgütern zu beschleunigen und günstiger zu machen. Dank der geplanten Eisenbahnlinie Ferrogrão, sieben grossen Dämmen und einer Wasserstrasse könnte das Soja auf direktestem Weg von den Agro-Industriezonen im Süden an den Fluss Tapajós weiter nördlich transportiert werden. Zusätzlich sind 29 kleine Wasserkraftwerke geplant, um Strom für die Bergbau-Maschinen zu produzieren. All diese miteinander verbundenen Projekte würden die Ausbeutung des Amazonas dramatisch beschleunigen und stellen eine grosse Gefahr für den Regenwald dar. Die betroffenen indigenen Gemeinschaften wehren sich deshalb mit aller Kraft gegen die Vorhaben.





«Es bringt uns fast zum Weinen, wenn wir zwei, drei Transportschiffe mit Hunderten von Baumstämmen sehen. Wie kann das legal sein?»

Luana Kumaruara
Dorfleaderin

«Wegen der Abholzung für die Agrarindustrie und dem Anbau von Soja ist unsere Quelle ausgetrocknet. Wegen der Dürre sterben alle Pflanzen ab. Das war früher nicht so.»

Paulo Munduruku
Bauer



«Alles, was sie hier im Amazonas ausbeuten, wird ins Ausland abtransportiert.»

Juarez Munduruku
Dorfleader



«Diese Banken, die alles finanzieren, sind auch mitschuldig. Sie sind schuld am Zustand des Klimas. Sie sind schuld am Tod des Amazonas-Regenwaldes.»

Alessandra Munduruku
Dorfleaderin



Menschenrechtsverletzungen in Russland

Drei Indigene klären Schweizer Banken auf

FOTO: PATRICK HÜRLMANN



«Energiewende Ja – aber nicht auf unsere Kosten!», forderten die drei Aktivisten aus Russland bei ihrem Besuch in der Schweiz.

Während ihres Besuches in der Schweiz im Juni machten drei Vertreter indigener Gemeinschaften aus Russland auf die Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in ihrer Heimat aufmerksam. Dank Gesprächen mit verschiedenen involvierten Banken leistete die Delegation wichtige Aufklärungsarbeit. Damit sollen Schweizer Investoren bei Projekten künftig darauf achten, dass die Rechte von betroffenen indigenen Gemeinschaften berücksichtigt werden.

Im Mai 2020 flossen tausende Tonnen Dieselöl aus einem alten Tank einer Tochterfirma vom russischen Rohstoffkonzern Nornickel in die Umwelt – seitdem leben die dort ansässigen indigenen Gemeinschaften unter prekären Umständen. Nornickel wurde zwar zu einer rekordhohen Geldstrafe verurteilt und verrichtete Anfang Jahr Entschädigungszahlungen an einige Gemeinschaften. Der Konzern weigert sich aber weiterhin, alle betroffenen indigenen Gemeinschaften in die Verhandlungen über Entschädigungszahlungen, Lebensmittelhilfen, Umweltschutz und Massnahmen zur Behebung der Verschmutzungen miteinzubeziehen. Da ihre Anliegen in Russland nicht ernstgenommen werden, reisten im Juni drei indigene Vertreter in die Schweiz, um das Gespräch mit involvierten Schweizer Banken und einer Tochterfirma von Nornickel zu suchen. «Wir sind nicht gegen wirtschaftliche Entwicklung. Aber wir wünschen uns einen

ebenbürtigen Dialog, der auf Respekt und Anerkennung der Rechte von Indigenen basiert», erklärt Rodion Sulyandziga, einer der drei Vertreter. «Wir hoffen, dass wir in der Schweiz besser gehört werden und sich dadurch die Situation der Indigenen in Russland endlich verbessert».

Gespräche mit UBS und Credit Suisse

Gemeinsam mit der GfbV trafen sich die drei Delegierten mit der UBS und der Credit Suisse. Die Banken gehören zusammen zu den zehn grössten Kreditgebern von Nornickel. Die Delegation schilderte den Banken ihre Sicht auf die Situation vor Ort, die von Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen geprägt ist, sowie ihre Auseinandersetzungen mit Nornickel. Sie forderten die UBS und die Credit Suisse auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um Nornickel zu einem Dialog mit den betroffenen Gemeinschaften zu bewegen. Darüber hinaus müssen Banken sicherstellen, dass die Rechte der indigenen Bevölkerung bei zukünftigen Investitionsprojekten zwingend berücksichtigt werden – insbesondere ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung. Ausserdem stattete die Delegation der Schweizer Tochtergesellschaft von Nornickel, Metal Trade Overseas SA, in Zug einen Besuch ab. Da sie vor verschlossener Tür abgewiesen wurden, hinterliessen die drei Aktivisten ihre Forderungen in Form einer überdimensionalen Postkarte im Briefkasten des Unternehmens. Sie fordern von Metal Trade Overseas, dass es seinen Einfluss als Tochterunternehmen

nutzt, um die Ansprüche der Indigenen auf Mitsprache, Umweltschutz und Entschädigung gegenüber Nornickel einzufordern.

Bewusstsein über Menschenrechtsproblematik fehlt

Andere Beteiligte an Nornickel ziehen derweilen Konsequenzen aus dem Verhalten des Unternehmens. Vor Kurzem liess der zur Deutschen Bank gehörende Vermögensverwalter DWS verlauten, er habe seine Investitionen in Nornickel zum grössten Teil verkauft. Nach einem zweijährigen Dialog mit Nornickel, in dem vor allem Umweltrisiken thematisiert wurden, sehe DWS keine Verbesserungen. Im Gegensatz dazu zeigten die Treffen mit den Schweizer Banken und Behörden, dass sie sich der Menschenrechtsproblematik im Zusammenhang mit dem Rohstoffabbau in der Arktis kaum bewusst sind. In der Arktis geraten die indigenen Gemeinschaften zwischen die Fronten von Klimawandel, gesteigerter Nachfrage nach nachhaltiger Technologie sowie Infrastruktur und Profitstreben von Unternehmen und Staaten. Die Schweiz muss dies dringend stärker beachten und von den hier ansässigen Firmen und Banken verlangen, dass sie diese Problematik in ihre geschäftlichen Prozesse miteinbeziehen.

Aktivismus ist gefährlich in Russland

Für ihr menschenrechtliches Engagement könnten die drei indigenen Aktivisten in Russland eine Haftstrafe einbüßen. «Viele haben Angst, sich für unsere Rechte einzusetzen», sagt Rodion Sulyandziga. Andrei Danilov erzählt von einer Person, die für ihr Engagement zweieinhalb Jahre ins Gefängnis kam. Auf die Frage, weshalb sie trotzdem öffentlich für ihre Rechte einsteht, sagt er: «Wenn nicht wir, wer dann?». Die GfbV nimmt die Gefahrenlage sehr ernst und unterstützt die betroffenen Gemeinschaften durch Vernetzen, Lobbying und beim Durchführen von Workshops.

Text: **Lea Künzli** GfbV-Praktikantin Kampagnen
Amy Douglas GfbV-Praktikantin Kommunikation

Wenn Indigene für die Energiewende bezahlen

Im Zusammenhang mit der Energiewende nehmen nachhaltige Investition durch Schweizer Banken laufend zu. Doch die Arbeit der GfbV hat in den letzten Jahren gezeigt, dass soziale Aspekte der Nachhaltigkeit im Finanzwesen viel zu wenig berücksichtigt werden.



FOTO: BETTINA WYLER

Norwegen: Riesige Windparks vertreiben die Rentiere der indigenen Sami-Gemeinschaften, die dort ihr Weideland hatten.

Laut einer Marktstudie von Swiss Sustainable Finance (SSF) sind nachhaltige Investitionen in der Schweiz im Jahr 2020 um einen Drittel gewachsen. Dennoch ist die Schweiz weit von einer klimagerechten Finanzpolitik entfernt. Denn oftmals werden im Namen des «grünen Wandels» Infrastrukturprojekte für erneuerbare Energien auf Kosten indigener Lebensweisen umgesetzt. So zerstören beispielsweise riesige Windkraftanlagen Rentierweiden in Norwegen und entziehen den dort lebenden Sami-Gemeinschaften ihre traditionelle Lebensgrundlage. Auch im Rohstoffsektor wird das Argument des grünen Wandels als Rechtfertigung gebraucht, um die Rechte indigener Gemeinschaften zu umgehen. Dadurch gehören Indigene zu den grössten Verlierern der Klimakrise: Einerseits sind sie durch rasche Umweltveränderungen existenziell bedroht, andererseits bezahlen sie den Preis für den Übergang zu erneuerbaren Energien.

Sorgfaltsprüfung und Dialog auf Augenhöhe

Für einen fairen Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft braucht es die Verankerung der Menschenrechte in der Finanzbranche und mehr Transparenz in Bezug auf unterschiedliche Aspekte der Nachhaltigkeit. Deshalb fordert die GfbV von Schweizer Finanzinstituten, dass sie all ihre Aktivitäten einer Sorgfaltsprüfung unterziehen. Neben direkten Projektfinanzierungen müssen auch indirekte Finanzierungsformen wie Kreditgeschäfte und Investitionen auf menschenrechtliche Risiken geprüft werden. Insbesondere im Bereich Klimagerechtigkeit gehören die Perspektiven von indigenen Gemeinschaften ins Zentrum. Das setzt Respekt für deren Recht auf Selbstbestimmung voraus und verlangt einen Dialog auf Augenhöhe. Zurzeit erarbeitet die GfbV zu diesem Thema einen ausführlichen Bericht mit anschaulichen Fallbeispielen aus ihrer langjährigen Arbeit.

Text: **Fabienne Krebs** GfbV-Praktikantin Kampagnen

Schluss mit guter Miene zum bösen Spiel

Unterdrückung, Zwangsarbeit, Umerziehungslager und schwere Gewaltverbrechen – die kommunistische Partei China geht massiv gegen die Rechte der uigurischen und tibetischen Gemeinschaft im eigenen Land vor. In Anbetracht dieser schweren Menschenrechtsverletzungen gibt es weltweit Protest gegen die Austragung der nächsten Olympischen Winterspiele 2022 in Peking. Auch in der Schweiz regt sich Widerstand, sowohl in der Zivilbevölkerung als auch im Parlament. Tashi Shitsetsang, Präsidentin vom Verein Tibetischer Jugend in Europa, sagt: «Die Verbrechen der chinesischen Regierung gegenüber den Tibetern, den Uiguren, den Hongkongern und den Chinesen sind kein Geheimnis. Deshalb muss der Bundesrat die Winterspiele in China nächstes Jahr boykottieren.»

Gemeinsam mit dem Welt-Uigurenkongress und mehreren tibetischen Vereinen ruft die GfbV in einer Petition zum diplomatischen Boykott der Winterspiele auf. Die Petition wird von vier Nationalratsmitgliedern unterstützt und im Herbst dem Bundesrat überreicht. Ein diplomatischer Boykott würde bedeuten, dass der Bundesrat keine offizielle Vertretung nach Peking schickt. Nicolas Walder, Nationalrat der Grünen im Kanton Genf, unterstützt die Petition: «Es ist undenkbar, dass unsere Länder bei den Spielen in einem Staat diplomatisch vertreten sind, der wie China die Menschenrechte mit Füßen tritt.»

Die Petition fordert den Bundesrat zudem auf, mit dem Internationalen Olympischen Komitee in Kontakt zu treten, die Einhaltung der Menschenrechte während der Olympischen Spiele zu thematisieren und einen verbindlichen Bericht über die geplanten Massnahmen zu fordern.

Text: **Amy Douglas** GfbV-Praktikantin Kommunikation



«Wir leben in ständiger Angst»

Auricelia Arapiun ist eine indigene Leaderin aus dem Tapajós-Becken im brasilianischen Amazonas. Durch ihren aktiven Widerstand gegen geplante Mega-Projekte und umstrittene Gesetzesentwürfe wird die Aktivistin von verschiedenen Seiten stark bedroht.

Interview: **Patricia Martins Rodrigues** GfbV-Praktikantin Kampagnen / Foto: **Thomaz Pedro**

Auricelia Arapiun, erzählen Sie uns vom Leben in Ihrer indigenen Gemeinschaft.

Unsere Gemeinschaft lebt auf traditionelle Weise im Einklang mit der Natur. Wir haben eine spezielle Beziehung zum Wald und zu den Gewässern – unsere Existenz ist davon abhängig. Doch diese ist momentan stark bedroht aufgrund der vielen Angriffe, die wir in letzter Zeit erlitten haben.

Können Sie uns Beispiele nennen?

Der Sitz unserer Indigenen-Organisation CITA (Conselho Indígena Tapajós e Arapiun) wurde von Holzfällern angegriffen. Jemand hat versucht, mich anzufahren, als ich mein Haus verliess, und seit Kurzem werde ich von einem unbekanntem Auto verfolgt. Wir fühlen uns überhaupt nicht sicher und leben in ständiger Angst, da wir nicht wissen, was im nächsten Moment mit uns passieren könnte.

Und die brasilianische Polizei bietet keinen Schutz?

Nein, im Gegenteil, denn die Drohungen kommen auch seitens der Polizei. Gegen mich und andere indigene Leader laufen Polizeiermittlungen wegen angeblichen Verbrechen – und dies ohne jegliche Beweise. Auch die brasilianische Regierung ist eine Bedrohung. Anstatt die Indigenen und die Umwelt zu schützen, wie es die Verfassung verlangt, öffnet unser Präsident Jair Bolsonaro die Türen unseres Territoriums, damit es eingenommen und ausgebeutet werden kann. So sind im Amazonas riesige Infrastrukturprojekte geplant, wie der Bau einer Eisenbahnlinie und mehrerer Wasserkraftwerke. Für uns sind es Todesprojekte, da sie unser Leben stark gefährden. Weitere Angriffe seitens der brasilianischen Regierung kommen in Form von Gesetzesentwürfen, welche die Anerkennung von indigenem Land entscheidend verändern würden.

Was würde sich durch die Gesetze konkret verändern?

Ein Beispiel ist der Gesetzesentwurf PL 490/2007, welcher den Demarkierungsprozess noch stärker erschweren wird. Demnach soll neu der Kongress für die Anerkennung von indigenen Territorien zuständig sein. Da die Agrarindustrie dort stark vertreten ist, wird es praktisch unmöglich sein, neue Territorien zu demarkieren. Ausserdem besteht die Gefahr, dass bereits beste-

hende Indigenen-Territorien ihre Anerkennung verlieren. Denn das Gesetz sieht vor, dass nur jene Gebiete als indigene Territorien anerkannt werden können, die zum Zeitpunkt der Verkündung der Verfassung im Jahr 1988 bereits im Besitz von Indigenen waren. Dies erfordert einen Nachweis des Besitzes, was bisher nicht notwendig war. Solche Gesetze widersprechen der verfassungsgemässen Pflicht der Regierung, die Indigenen zu schützen.

Wie kämpfen Sie gegen diese Vorhaben?

Wir organisieren Proteste, führen Schulungen durch, um eine einheitliche Widerstandsstrategie aufzubauen, und bringen unsere Angelegenheiten vor Gericht. Aber durch unseren Aktivismus leben wir unter ständiger Bedrohung.

Was braucht es von der internationalen Gemeinschaft, damit sich die Lage der Indigenen in Brasilien verbessert?

Hauptsächlich fordern wir ihre Mithilfe, Druck auf die brasilianische Regierung auszuüben, damit sie die Gewalt gegen die indigenen Gemeinschaften beendet und uns in unseren Territorien in Ruhe lässt. Wir sind auf die internationale Gemeinschaft angewiesen, weil wir hier in Brasilien keine Unterstützung von den Machthabern erhalten.

Woher nehmen Sie die Kraft, um Ihre Gemeinschaft weiterhin zu verteidigen?

Wenn wir zulassen, dass unser Lebensraum zerstört wird, erlauben wir die Vernichtung der indigenen Gemeinschaften. Wir kämpfen nicht nur für unser Territorium und unsere Rechte, sondern auch für die Menschheit. Indem wir den Amazonas beschützen, beschützen wir die Welt.